

Wortprotokoll TOP 4 A

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

25. Sitzung
12. Oktober 2022

Beginn: 12.06 Uhr
Schluss: 16.16 Uhr
Vorsitz: Stephan Schmidt (CDU); stellvertretender Vorsitzender

Vorsitzender Stephan Schmidt: Ich rufe auf

Punkt 4 A der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**„Auswertung der Baurundfahrt des
Hauptausschusses am 28.09.2022:
Welche haushaltspolitischen Handlungsbedarfe
bestehen bei den jeweiligen Bau- und
Sanierungsprojekten?“**
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0588](#)
Haupt

Möchte die Fraktion der CDU ihren Besprechungspunkt begründen? – Bitte schön, Herr Goiny, Sie haben das Wort!

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich will das jetzt auch gar nicht in epischer Breite machen. Aber, erstens möchte ich mich noch einmal beim Senat für die Organisation dieser Baurundfahrt bedanken. Ich glaube, das war dieses Mal wirklich eine besonders interessante Veranstaltung, die eine ganze Reihe von Erkenntnissen gebracht hat. Daran anknüpfend hätten wir zu einigen Punkten noch Berichtsbitten. Ich will die hier kurz umreißen; wir werden die Fragen bis Freitag einreichen. Vielleicht hat ja die eine oder andere Fraktion auch noch ergänzenden Informationsbedarf.

Zu den Punkten Autobahndreieck Funkturm, U-Bahn, Alte Münze, Komische Oper und Jahn-Sportpark bitten wir jeweils darum, dass die Präsentationen und Vorlagen, soweit es noch nicht geschehen ist, und die Konzepte, die dahinterstehen, die uns in Form von Vorträgen

vorgestellt worden sind, als rote Nummern zur Verfügung gestellt werden, damit wir sie hier als Vorgang im Hauptausschuss auf dem Tisch haben – die waren ja tatsächlich durchaus interessant –, sodass wir das hier weiter diskutieren können. Ich mache das jetzt nicht im Detail, wir reichen die Fragen nach. Die Orte, die wir besucht haben, alles, was da an Konzepten vorhanden ist, bitte ich, einzureichen.

Dann würde ich die Gelegenheit nutzen, wir haben gestern und in den letzten Tagen den Medien entnommen, dass wir uns zeitnah mit den Beratungen über einen Nachtragshaushalt werden beschäftigen müssen. Das ist ein Punkt, den hatten wir bereits nach der Sommerpause diskutiert. Ich darf daran erinnern, dass wir auch schon längere Diskussionen über dieses Thema hier hatten. Wir als CDU-Fraktion haben bei der Diskussion über den Statusbericht und der Frage, ob da Geld übrig ist und wenn ja, was wir damit machen, darauf hingewiesen, dass wir zeitnah einen Nachtragshaushalt brauchen. Jetzt kommen wir offensichtlich ein bisschen in Zeitnot, was das Procedere betrifft, wenn ich das richtig verstanden habe. Ich denke, wir sollten uns hier kurz austauschen – vielleicht kann auch die Senatsfinanzverwaltung oder der Senat, wer immer sich da berufen fühlt, uns einen Überblick geben, wie der Fahrplan senatsseitig ist. Dann werden wir uns, sicherlich unter Berücksichtigung der Zeit, die zur Verfügung steht, darüber verständigen müssen, was das für die Arbeit im Hauptausschuss heißt.

Ich will das für unsere Fraktion ganz klar sagen: Wir haben bereits kurz nach der Sommerpause deutlich gemacht, dass wir einen Nachtragshaushalt für erforderlich halten, und dass wir der Auffassung sind, dass den Menschen in unserer Stadt geholfen werden muss, dass ihnen schnell geholfen werden muss und dass ggf. das Land Berlin, wie wir es auch bei den Themen Coronahilfe oder Ukrainehilfe gemacht haben, in Vorleistung gehen und dann abwarten muss, welche Erstattungen und Finanzierungen es von Bundesebene geben muss, die dann möglicherweise das refinanzieren, was das Land Berlin schon verauslagt hat. Hier haben wir schon seit Wochen deutlich gemacht, dass es uns auch um Tempo geht.

Allerdings möchte ich an dieser Stelle auch sagen, der Hauptausschuss und das Berliner Abgeordnetenhaus dürfen zu Recht darauf hinweisen, dass wir für die Haushaltsberatungen ein Minimum an seriösen Zeitfenstern brauchen. Ohne sich in jedem Detail verhakeln zu wollen, aber wir würden Wert darauf legen, dass wir als Parlament und als Hauptausschuss die Gelegenheit haben, diesen Nachtragshaushalt zu beraten. Welchen Weg der Senat jetzt geht, uns einen Nachtragshaushalt vorzulegen, ob das, wie schon in der Vergangenheit geschehen, eher über Sammeltitel der Fall ist oder ob man da ins Detail geht, das kann uns die Senatsfinanzverwaltung erläutern. Wir würden es schon für wichtig erachten, dass hier das parlamentarische Verfahren auch unter dem beengten Zeitfenster eingehalten wird und dabei die Geschäftsordnung dieses Hauses Beachtung findet. Ich würde gern, dass wir uns darüber in der ersten Runde austauschen. Ich bin mir darüber im Klaren, dass wir heute keinen Terminplan verabreden werden, ich finde aber, wir sollten uns, da es die erste Hauptausschusssitzung ist, nachdem der Senat das gestern angekündigt hat, zumindest darüber austauschen und uns darauf verständigen, dass wir schnell helfen wollen, dass wir aber natürlich auch Demokratie und parlamentarische Beteiligung ernst nehmen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Goiny! – Wir sammeln die Wortmeldungen wieder. Zunächst möchte ich für die Senatsverwaltung Frau Staatssekretärin Kahlfeldt sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ganz herzlich begrüßen! – Als Nächste hat Frau Klein das Wort. – Bitte schön, Frau Klein!

Hendrikje Klein (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch unsererseits vielen herzlichen Dank für die Organisation der Baurundfahrt. Es hat uns allen viel Spaß gemacht, auch wenn dann Nachrichten reinploppten und ein bisschen die Gespräche verändert haben. – Wir kündigen an, dass wir auch noch zu zwei Themen Nachfragen einreichen. Das betrifft einmal das Autobahndreieck Funkturm, da speziell zu dem Problem Parkplatz, und zum Zweiten betrifft es unseren Besuch in der Werkstatt Müllerstraße. Da wurde uns sehr gut erklärt, dass mit der Aufstockung der Wagenflotte die Betriebswerkstätten mit dem neuen Verfahren angepasst werden müssen. Die Fragen werden sich darauf beziehen. – Zum Nachtragshaushalt sage ich nichts, dazu hat sich Herr Zillich schon gemeldet.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Zillich ist auch der Nächste auf der Rednerliste. – Bitte schön, Herr Zillich!

Steffen Zillich (LINKE): Da wir beim Thema Baurundfahrt offensichtlich nicht so sehr in die inhaltliche Debatte einsteigen, sondern weitere Beratungen vorbereiten, das ist ja auch sinnvoll, ist es in Ordnung, wenn wir das hier ein bisschen durcheinander abhandeln.

Zum Thema Nachtragshaushalt: Ich verstehe, dass die Opposition, dass die CDU jetzt irgendeinen Tagesordnungspunkt sucht, wo man das thematisieren kann. Das ist in gewisser Weise nachvollziehbar, und dass es zu besprechen ist, ist auch klar. In der Tat, dass wir einen Nachtragshaushalt brauchen, ist keine Neuigkeit. Das ist eine Situation, die wir lange diskutiert haben. Gleichzeitig ist es aber auch so, dass so ein Nachtragshaushalt Voraussetzungen braucht, nämlich ein paar Informationen und Leitplanken. Da hängt relativ viel am Bund, was der macht und was der nicht macht, zumal wir explizit gesagt haben, wir wollen versuchen, mit Landesmitteln in Lücken zu stoßen. Deswegen fehlten auch lange einige Voraussetzungen, zum Teil fehlen sie immer noch. Gleichwohl müssen und sind wir gewillt als Koalition, die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir in der Krise, sowohl was die Umsetzung der Bundesprogramme betrifft, als auch was die Ergänzung durch Landesprogramme betrifft, haushaltspolitisch handlungsfähig sind. Dazu brauchen wir den Nachtragshaushalt.

Es ist wahrscheinlich schwierig, wenn wir es hier machen, aber vielleicht können wir es im Rahmen der Sprecherrunde oder uns sonst irgendwann zusammensetzen, wenn der Senat seinen Zeitplan dargestellt hat, und wir gucken, wie wir diese Beratungen sinnvoll organisieren. Daran haben wir ein Interesse. Ich sage aber auch, dass wir, weil dieses Thema so wichtig ist, es uns extrem wichtig ist, dass wir jegliche Form von Rechtsunsicherheit in diesem Zusammenhang ausschließen. Was uns in der derzeitigen Situation und was bei der ausstehenden Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs unter anderem auch zeitlich limitiert oder limitieren könnte. So ist zumindest unsere Einschätzung. Deswegen werden wir das mitberücksichtigen müssen. Aber gerne und natürlich müssen wir gemeinsam überlegen, wie wir die Verfahren so organisieren können, dass wir auch eine sinnvolle parlamentarische Beratung machen können.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Zillich! – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Brousek. – Bitte schön, Herr Brousek!

Antonin Brousek (AfD): Vielen Dank! – Herr Zillich hat es eigentlich genau gesagt. Diese Frage der Rechtssicherheit ist ja nicht etwa so zu werten, dass es nur bis zum 16. November

entschieden werden muss. Die Rechtssicherheit ist doch in Wirklichkeit der Wunsch, politisch das hinzubekommen, was vielleicht danach rechtlich nicht mehr möglich ist, denn innerhalb eines Monats diese Entscheidungen zu treffen, ist natürlich diktiert durch das Landesverfassungsgericht. Die Mehrheiten könnten künftig andere sein, und ein Haushalt nach dem 16. November könnte eventuell unwirksam sein. Das sind Pistolen, die Sie der Opposition auf die Brust setzen, weil Sie gar nicht mehr wissen, ob Sie in einer neuen, zum Beispiel schwarz-grünen Koalition drin wären. Deswegen finde ich das nicht seriös. Das muss ich ganz ehrlich sagen. Aber das ist nebensächlich, es wird ja jetzt so gemacht.

Ich wollte noch einmal zur Baurundfahrt sagen, das war meine erste Baurundfahrt, sie hat mir auch Freude gemacht: Ich war allerdings ein bisschen bei der Komischen Oper erstaunt, wie schnell uns mehrere Hundert Millionen Euro im Rahmen eines Tortendiagramms angedient werden sollten. Ich fand das wirklich überraschend und frage mich, ob wir angesichts der Probleme, die der Berliner Haushalt und die Ausgaben insgesamt verursachen, vielleicht nicht einfach kürzer treten sollten. – Danke!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Schulze, bitte!

André Schulze (GRÜNE): Ich sehe die Grünen auch noch nicht als Teil einer schwarz-grünen Koalition. Deshalb wären wir auch nicht dabei. – [Zurufe] – Zum eigentlichen Tagesordnungspunkt, der Baurundfahrt, kündige ich an, dass wir Fragen haben, primär zum Punkt Komische Oper, aber vielleicht auch noch zu den anderen Themen.

Zum Punkt Nachtragshaushalt hat Herr Zillich gerade schon ausgeführt. Ich glaube, das hat der Senat an verschiedenen Stellen berichtet, dass der Senat durchaus an Entlastungsmaßnahmen und Abfederungen der Energiekostensteigerungen, beispielweise bei öffentlichen Institutionen im Zuwendungs- und Entgeltbereich arbeitet. Wir haben bereits im Haushalt Vorsorge getroffen, indem wir einen „Topf“ mit 380 Millionen Euro als Rücklage für diese Ausgaben gebildet und den Senat damit beauftragt haben, an einer Konzeption zu arbeiten. Das tut er seit dem Sommer. Insofern laufen da die Vorbereitungen, um jetzt das Ganze in der richtigen Größenordnung im Rahmen eines Nachtragshaushalts abbilden zu können, der sicherlich sehr sinnvoll ist und gebraucht wird, um die verschiedenen Punkte zu adressieren. Aber es ist so, dass wir bis jetzt noch nicht genau wissen, was der Bund plant. Da ist im Bereich der Energiekostensteigerungen für private Haushalte eine gewisse Änderung der Richtung in den letzten Wochen erfolgt, die man berücksichtigen wird. Genauso ist die Frage vom dritten Entlastungspaket für einen Nachtragshaushalt auch relevant. Deswegen sind wir jetzt auf der Zeitschiene auf der wir sind. Es ist sicherlich sinnvoll, ein geordnetes parlamentarisches Verfahren dahinter zu schalten. Nichtsdestotrotz glaube ich, dass es der richtige Zeitpunkt ist, mit den vorliegenden Informationen in diese Beratungen zu gehen. Eine Beratung ohne diese Informationen hätte nicht wirklich eine substantiierte Debatte hier im Parlament ermöglicht, wenn wir gar nicht wissen, was an Bundesregelungen vorhanden ist und in welche Lücken wir stoßen wollen oder auch nicht.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Mir liegen jetzt noch drei Wortmeldungen vor, von Frau Meister, Herrn Schneider und Herrn Goiny. Danach würde ich gern in die Beantwortungsrunde eintreten wollen. – Frau Meister, bitte schön!

Sibylle Meister (FDP): Vielen herzlichen Dank! – Nochmal zur Baurundfahrt. Auch von mir das Dankeschön an die Ausrichter. Ich glaube, dass das interessant war, dass wir viel dazugelernt haben, wobei ich auch gestehen muss: So ganz überraschend ist das, was wir bei der Komischen Oper erlebt haben, auch nicht. Wenn ich mir Dinge wie die Polizeileitstelle angucke, dann habe ich noch nicht das Gefühl, dass der Zahlenstrahl der Kostenentwicklung einfach nur horizontal sein wird. Das mag ich noch nicht so ganz glauben, nachdem wir es ja vor ein paar Jahren geschafft haben, bei solchen herausfordernden Bauten wie einem Zentralen Omnibusbahnhof, ich glaube, die Kosten zu vervierfachen, wenn ich mich recht erinnere. Ich muss auch gestehen, das kann nicht die Lösung sein, dass wir am Ende des Tages sagen: Okay, dann wird eben der Umbau oder die Sanierung der Komischen Oper nochmal vertagt. Das kann es nicht sein! Das ist zwingend nötig, das wissen wir alle, allein wegen des Brandschutzes vorn. Wir wissen auch, dass die Kultureinrichtungen von einer gewissen Bedeutung für Berlin ist. Ich glaube, am Ende des Tages sind wir eher gefragt, wie wir diese Zeiträume, von 2018 bis 2022, so verkürzt bekommen, dass wir uns nicht diesen permanenten Baukostensteigerungen ausliefern und ein Jahr später feststellen: Oh Gott! Es ist teurer geworden! – Welche Überraschung. Das zur Komischen Oper, mein Plädoyer dafür. Ich mag auch gar nicht mehr Fragen stellen, weil es dann noch mal teurer wird. Da bin ich mir ziemlich sicher.

Jetzt zum Nachtragshaushalt: Wir sind ja, ich glaube, das geht uns allen so, ein bisschen abhängig von den Entscheidungen des Gerichts am 16. November. Wie wir alle wissen: Vor Gericht und auf offener See weiß man eben nicht, was dabei herauskommt. Ich glaube, wenn wir die Krise wirklich ernst nehmen und die Bürger und Bürgerinnen wirklich entlasten wollen, was wir auf Bundesebene ganz klar wollen, was aber eventuell auch bedeutet, dass wir für Berlin an der einen oder anderen Stelle nachjustieren müssen, eben wenn es darum geht, kleine und mittlere Unternehmen, Handwerk und Ähnliches zu entlasten, dann ist es wichtig, dass wir möglichst schnell einen Nachtragshaushalt hinbekommen, um zu gewährleisten, dass er auch verabschiedet werden kann. – Ich halte es für sinnvoll, in der Sprecherrunde zu überlegen, wie man das möglichst zügig macht. Ich glaube, das kann man hinbekommen, wenn alle Senatsverwaltungen da sind und ihre Themen sozusagen vertreten können. Dann, glaube ich, kann man das auch ohne riesige Berichtsaufträge und 200 Seiten zu bestimmten Themen hinbekommen, sodass wir wirklich ins Ziel einlaufen und zumindest allen Berlinerinnen und Berlinern sagen können: Sie müssen nicht im Kalten sitzen, weil wir die Wahl verdaddelt haben und keinen Nachtragshaushalt auf die Kurve bekommen. Das kann nicht die Aussage redlicher Politik sein. Insofern unterstützen wir das und sind ab November bereit.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Herr Schneider, bitte!

Torsten Schneider (SPD): Ich finde es erst einmal gut, wie schnell der Hauptausschuss einen Besprechungspunkt in seinem wesentlich Teil im Konsens umstellt und wie schnell wir uns dazu auch verabreden können. Ich schließe mich ausdrücklich dem Dank an die Verwaltung an für die Baurundfahrt, die ja doch immer wieder Erkenntnisse mit sich bringt, und auch der Einschätzung, die alle Fraktionen signalisiert haben, dass es ein vernünftiger Weg ist, die Gelegenheit zu einzelnen Fragen zu bieten, um eine substanziellere Fortsetzung der Debatte zu ermöglichen. An der Stelle ist mir wichtig, da hier verschiedene Dinge im Raum stehen, ich habe jetzt etwas von der Komischen Oper gehört – ich will daran erinnern, bei der Staatsoper hat sich der Kostenanteil des Landes verzwanzigfacht, weil der Bund da seinen harten Deckel hatte. Wir hatten ja einen Untersuchungsausschuss zu all diesen Problemen. Da bin ich heute gar nicht einlassungsfähig. Insofern ist das total vernünftig, dann war da was mit einem Park-

platz, dass man das hier aufruft. Aber es sind dann eben auch fachlich determinierte Debatten. Deswegen möchte ich für die SPD-Fraktion ergänzen, dass uns wichtig ist, wenn wir die Debatte hier führen wollen auf der Basis von Antworten des Senats auf Fragen, dass wir dann nicht mit der auftragsweise Kapitel 1250 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen - Hochbau – bewirtschaftenden Bauverwaltung hier sitzen, sondern mit den jeweiligen Fachverwaltungen, wer immer da zuständig ist. Das ist jetzt nicht mein Thema, aber darauf lege ich Wert, dass wir gemeinsam verabreden, die Fortsetzung dieses Besprechungspunktes unter Hinzubittung der Fachverwaltungen zu ergänzen und das im Protokoll so festzuhalten.

Jetzt zu dem anderem, dem eigentlichen Thema. Da verstehe ich jetzt die AfD nicht so recht, muss ich ehrlicherweise sagen. Wir hatten gerade einen Antrag mit einer Wortmeldung der Fraktionsvorsitzenden, wie wichtig es ist, zu Entlastungen zu kommen, in dem Fall war es eine Bundesratsinitiative. Andererseits, habe ich in der Zeitung gelesen, würde die Koalition und mutmaßlich dann auch die anderen Teile der Opposition sich auf Wahlgeschenke verabreden wollen. Den Wortbeitrag Ihres Kollegen habe ich gerade so verstanden, einmal abgesehen von der Einschätzung, die ich von den Grünen gehört hat, Schwarz-Grün sei problematisch und sonst etwas und sie wüssten ja nicht, ob Die Linke dabei ist, ich weiß auch nicht, ob die AfD bei Schwarz-Grün dabei ist, aber das ist doch jetzt überhaupt nicht das Thema. Das Thema ist doch jetzt, dass wir ein Zeitproblem miteinander diskutieren. Wir können doch nicht ernsthaft sagen, der Nachtrag wird dazwischengeschaltet, weil die jetzige Koalition sich unsicher sei, ob sie dann, was weiß ich, in fünf Monaten nochmal miteinander regiert. Das war ja das Argument, was hier in den Raum gestellt wurde. So habe ich auch die FDP und die CDU nicht verstanden, sondern dass wir hier etwas Ernsthaftes miteinander diskutieren, im Interesse der Stadt, im Interesse der Unternehmen, im Interesse der Wirtschaft und im Interesse der gesamten Bevölkerung. Scheinbar war das ja, bis jetzt, auch Ihr Interesse, jedenfalls haben Sie es ja gerade für erforderlich gehalten, in ähnlicher Richtung zu einem Antrag zu sprechen, der allerdings auf der Zeitachse ein Jahr braucht, mit einer Bundesratsinitiative.

Wir haben hier, so schätze ich das ein, möglicherweise Meinungsverschiedenheiten, welchen Sektor man besonders und in welcher Weise unterstützen muss, zusätzlich zu noch nicht ganz ausbuchstabilten Bundeskulissen. Wo wir aber inzwischen, wie wir in Brandenburg sehen, mit 2 Milliarden Euro, jetzt schon einschätzen können, dass der Staat insgesamt mit mindestens 300 Milliarden Euro eine Antwort an Putin erteilen wird. Das ist doch der politische Zusammenhang. Wenn wir diese Größenordnung vergegenwärtigen, dann ist das kein Leidensdruck, sondern eine gemeinsame bundesweite Einschätzung, dass hier etwas passieren muss, dass wir den Menschen helfen müssen. Das ist also nicht limitiert durch irgendwelche Prozesse, die sich in fünf Monaten mutmaßlich abspielen, die hier auf der Frotzelebene eine Rolle gespielt haben, sondern durch ein ernsthaftes Anliegen. Dem muss man gerecht werden, dem müssen auch Sie gerecht werden. Den Eindruck haben Sie bisher hier nicht hinterlassen, aber ich habe schon gesehen, dass Sie gleich das Wort noch einmal ergreifen werden.

Warum ist das zeitlich limitiert? – Weil wir hier mutmaßlich, nach dem, was man hört, ich habe mich an diesen Prozessen bisher nicht beteiligt, außer Empfangsbekanntnisse zu unterschreiben, heute ein Empfangsbekanntnis zu einem Verkündungstermin, von dem ich gehört habe, dass der anderen Verfahrensbeteiligten schon seit sechs Tagen vorliegt, was bei mir Fragen auslöst und aufwirft. Das will ich aber heute gar nicht vertiefen. Wir wissen, dass wir Rechtsgeschichte schreiben werden, so oder so. Ob nun das Landesverfassungsgericht oder das Bundesverfassungsgericht, das weiß ich nicht, das muss man abwarten, aber ich verfolge

aufmerksam die Debatte in der Wissenschaft. Was weiß ich: Ist die Vorbereitung einer Wahl, also eine Gefahr, ein doppelt qualifizierter Fehlerbegriff und solche Sachen. Das finde ich total spannend. Damit werden sich Kommentare befassen. Oder reichte es aus, kumulierte Vermutungen zu einer Verwerfung einer ganzen Wahl zu führen, das ist ja total spannend. So habe ich jedenfalls den Berichterstatter des Bundesverfassungsgerichts verstanden, auch bei zweimaligem Zuhören. Also, das muss man ja miteinander diskutieren.

Aber eines ist klar: In der Öffentlichkeit wettet ja kein Mensch darauf, dass sich diese Fragen noch ausbuchstabieren bis zum 16. November. Das löst etwas aus auf der Rechtsfolgende. Ich sehe das nach meinem Kenntnisstand jetzt das dritte Mal, dass ein Parlament sich mit so etwas auseinandersetzen muss. Einmal gab es ein Defizit im Wahlaufstellungsverfahren, einmal gab es ein Defizit im Gesetz selbst und jetzt haben wir, mutmaßlich oder möglicherweise, ein Defizit im Wahlvollzug. Aber diskutiert wird immer: Was kann ein Parlament noch tun. – Nun habe ich das so verstanden, dass möglicherweise eine Wiederholungswahl, die mutmaßlich in Rede steht, mit Ex-nunc-Wirkung dazu führt, dass die bisherigen Parlamentsentscheidungen alle in Kraft bleiben. Das schreibt auch jeder Kommentar. Da kenne ich bisher keine andere Rechtsmeinung. Aber differenziert diskutiert wird, was danach ist. In Anbetracht der Größe und der Grundsätzlichkeit, staatsprägenden Grundsätzlichkeit, der hier adressierten Fragen, so nehme ich die Wissenschaft wahr, die sich dazu äußert, muss sich ein Parlament in dieser größten Krise, die wir kennen in der Geschichte der Bundesrepublik, und in Anbetracht der Zielgruppe, über die wir reden, in Berlin über fast 4 Millionen Menschen, natürlich ernsthaft damit auseinandersetzen, sich darauf vorzubereiten, dass es möglicherweise, selbst bei diesem extrem wichtigen Haushalt, in der Gestaltungskraft limitiert ist. Über diese Verantwortung gehen hier fünf Fraktionen nicht, diese Wette gehen hier fünf Fraktionen nicht ein. Das ist meine Wahrnehmung. Das ist auch absolut richtig so.

Störgefühle lösen bei mir auch aus, dass ich aus der Presse erfahre, wann hier welche Ausschusssitzungen stattzufinden haben. Das ist schon immer noch Parlamentsangelegenheit. Aber diese Verantwortung nehmen wir jetzt gemeinsam wahr. Ich finde das Format der Sprecherrunde da sehr richtig. Natürlich muss sich der Ältestenrat damit befassen und am Ende auch die Fraktionen, wenn es technisch ohne Sondersitzung des Plenums gar nicht geht. Vom Senat erwarte ich, dass er natürlich schnell ist, im Idealfall schon nächste Woche. Das wird wohl nicht gehen. Dann hätten wir ein etwas entspannteres Verfahren. Aber dass wir es leisten müssen, da sind sich alle einig. Das ist mir für die SPD-Fraktion noch mal wichtig gewesen zu erklären. – Jetzt mache ich das auch noch ernst: Ich bitte um ein Wortprotokoll.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Ja, Wortprotokoll ist notiert, wird entsprechend angefertigt. – Die nächste Wortmeldung ist von Herrn Goiny. – Bitte schön!

Christian Goiny (CDU): Ich wollte noch mal ein paar Punkte ergänzen. Einmal ist es richtig, was der Kollege Schneider gesagt hat, dass wir die nachfolgenden Berichte auch von den jeweiligen Fachverwaltungen adressiert hier weiterdiskutieren wollen. Dann wollte ich nur noch mal der Form halber darauf hinweisen, dass wir diesen zweiten Teil, den wir heute diskutieren, nämlich den Nachtragshaushalt, mit unserem Besprechungspunkt schon adressiert hatten, indem wir formuliert haben „Welche haushaltspolitischen Handlungsbedarfe bestehen bei den jeweiligen Bau- und Sanierungsprojekten?“. – [Heiterkeit] – Das hat vielleicht nicht jeder gleich verstanden, was wir damit meinten. – [Zurufe] – Apropos Weitsicht wollte ich nur noch mal klarstellen, weil wir ein Wortprotokoll haben und es ganz gut dazu passt, dass

natürlich, sobald wir an der Regierung beteiligt sind, das immer Schwarz-Grün automatisch ist und insofern wir uns freuen, wer da noch mitmachen möchte.

Noch zwei Punkte, die hoffentlich genauso viel Zustimmung auslösen wie die anderen, die ich eben erwähnt habe. Das ist einmal: Wir wären als CDU-Fraktion bereit, in der nächsten Plenarsitzung über den Nachtragshaushalt zu diskutieren. An uns wird das formal und inhaltlich nicht scheitern. Wenn alle sechs Fraktionen hier der gleichen Auffassung sind, könnten wir das machen. – [Zuruf] – Also, das wollte ich gerade sagen. Der Senat wird ja fast fertig sein mit seinen Vorbereitungen, die sind ja immer gut aufgestellt. Deswegen kann es eigentlich daran nicht scheitern. Höchstens an irgendwelchen geschäftsordnungsmäßigen Einsprüchen vonseiten der Fraktionen. Darauf wollte ich abstellen: Die werden von uns jedenfalls nicht kommen, weil wir es in der Tat so sehen, dass wir hier zügig helfen wollen, unter Beachtung einer ordentlichen parlamentarischen Beratung. Dann können wir uns gerne, wenn der Senat zum 20. Oktober den Nachtragshaushalt einbringt, darüber hier verständigen.

Dann wollte ich nur noch mal abschließend darauf hinweisen: Wir haben ja eine Rücklage hier im Haushalt, den die Koalition im Sommer hier noch eingebracht hat. Ich glaube, von den 380 Millionen Euro ist noch nicht so viel abgeflossen. Da ist schon Geld vorhanden, wofür man jetzt keinen Nachtragshaushalt bräuchte. Von vielen anderen Hilfen, eine haben wir heute noch in der Schwebe bei der Wirtschaftsverwaltung, haben Sie Hilfs- und Fördermaßnahmen, die eigentlich mal verabredet waren, alle angehalten, um nicht zu sagen eingesammelt. Ich sage mal, wir haben ohne Nachtragshaushalt die Möglichkeit, ich würde mal sagen, rund 500 Millionen Euro freizugeben. – [Zuruf] – Genau, könnten wir jetzt machen, jederzeit. Seit Beschlussfassung des Haushalts haben wir diese Möglichkeit. Dafür brauchen wir nicht mal einen Nachtragshaushalt, die sind schon beschlossen. Diesen Spielraum haben wir ja auch, auch das kann man hier noch mal relativ zeitnah an den Start bringen, unabhängig davon, wann der Senat uns einen Nachtragshaushalt vorlegt und ggf. dem Senat aufgeben oder wir können es durch Beschlussfassung auch machen, die Dinge noch mal gegenzurechnen oder zu verrechnen im Rahmen eines Nachtragshaushalts. Auch hier muss man Dinge nicht vertagen, hier kann man sie tatsächlich im Grunde genommen schon heute bewilligen, was wir beim Tagesordnungspunkt 40 im Laufe der Sitzung erwarten. Wenn ich es richtig verstanden habe, ist der nicht vertagt, sondern soll es einen Maßgabebeschluss geben. – Das wollte ich nur noch mal zur Klarstellung ergänzen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Goiny! – Jetzt habe ich doch noch eine Wortmeldung, nämlich die der Kollegin Frau Dr. Brinker. Danach hat der Senat das Wort. – Bitte schön, Frau Dr. Brinker!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Da ich so direkt angesprochen worden bin vom Kollegen Schneider, direkt die Antwort. Aber zuerst stelle ich fest: Die CDU verteilt das Bärenfell, obwohl sie den Bären noch nicht erlegt hat. Da warten wir ab, wie das dann läuft mit Schwarz-Grün, mal gucken. –[Zuruf] – Egal, aber Sie nehmen es ja dankend auf.

Wir stehen natürlich für die Haushaltsberatungen bereit, das ist ja selbstverständlich, auf jeden Fall. Das Thema oder Problem für uns ist ja an einer ganz anderen Stelle zu sehen, nämlich dort, wo wir sagen, wir wären mit einer anderen Politik gar nicht in diese Schwierigkeiten gekommen, in die Schwierigkeit der Energiekrise und in die Schwierigkeit, eine Wahlwieder-

holung hier in Berlin machen zu müssen. Denn das Verfassungsgericht war da sehr klar und deutlich. Auch die Gerichtspräsidentin war da sehr deutlich. Ja, sie hat gesagt ex nunc, alle entsprechenden Beschlüsse bleiben erhalten, haben Bestand, das ist so. Wie es tatsächlich nach dem 16. November ist, kann keiner von uns hier im Saal sagen. Das wissen wir alle nicht. Ich finde es aber trotzdem, und genau das habe ich auch gestern publiziert und veröffentlicht, es schwierig, das jetzt so über das Knie brechen zu wollen. Herr Goiny hat zu Recht gesagt, wir haben Rücklagen, wir haben noch Spielräumen. Wenn wir sie denn nutzen wollen würden, könnten wir das durchaus tun, auch mit schnellen Entscheidungen, auch hier im Hauptausschuss. Aber dazu muss auch die Koalition bereit sein. Nur darum geht es.

Also, wie gesagt, Herr Schneider hat recht, wir schreiben hier Rechtsgeschichte. Ich bin mal gespannt, wie dann tatsächlich die Verkündung am 16. November aussehen wird. Aber eines ist sicher: Dass wir den Menschen helfen müssen, schnell, völlig klar, völlig selbstverständlich. Wie wir das dann hier parlamentarisch umsetzen, steht dann auf einem zweiten Blatt. Das ist letztlich nicht unsere Verantwortung, sondern die derjenigen, die dafür Sorge getragen haben, dass wir eine Wahlwiederholung machen müssen. Das ist fatal, das braucht eigentlich kein Mensch. Aber wir müssen es tun, weil halt die Wahl verschlampt wurde, nicht mehr und nicht weniger. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Dann kommen wir jetzt zu der Beantwortung der zahlreichen Fragen. Ich schlage vor, wir beginnen mit dem Themenkomplex Nachtragshaushalt und Zeitplan. Hierzu erteile ich Frau Staatssekretärin Borkamp das Wort. Zu irgendwelchen Farbüberlegungen brauchen Sie sich nicht zu äußern. – Bitte schön!

Staatssekretärin Jana Borkamp (SenFin): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – [Zuruf] – Ich komme aus Kreuzberg. Ich glaube, das sagt alles.

Die Kernfrage war ja an die Finanzverwaltung zum Zeitplan. In den vergangenen Debatten haben wir seit dem Sommer immer wieder über einen Nachtragshaushalt gesprochen. Ich habe, glaube ich, vonseiten der Finanzverwaltung deutlich gemacht, dass wir verschiedene Prämissen haben, die zum Teil auch schon genannt wurden. Die eine ist, unsere Entlastungen sind subsidiär und ergänzend zu den Entlastungen des Bundes. Deswegen die Herausforderung, immer abzuwarten, was der Bund jetzt nun beschließt. Das Zweite ist, dass natürlich auch die Bundesmaßnahmen jetzt mal jenseits der neuesten Entwicklungen zur Gaspreissbremse, wo zusätzliche Kredite aufgenommen werden sollen, immer die Länder kosten, da sie über Steuersenkungen an diversen Stellen auch eine Wirkung auf den Landeshaushalt haben. Auch das müssen wir in unseren Nachtrag einpreisen. Die dritte Herausforderung, die wir haben, und das kostet Verwaltung momentan Zeit, ist die Operationalisierung von Maßnahmen sowohl der eigenen, die wir uns wünschen, aber auch der Maßnahmen des Bundes. Hier nenne ich mal als Stichwort die Herausforderung im Bereich Wohngeld, wo noch nicht mal ein fertiger Gesetzesentwurf des Bundes vorliegt und wir gleichzeitig zusehen müssen, die Voraussetzungen zu schaffen, dass wir das schnellstmöglich ab Januar umsetzen können.

Aufgrund dieser Herausforderungen war unser Ziel ursprünglich, zum 7. November einen Nachtragshaushalt in den Senat einzubringen. Auf Wunsch der Regierenden Bürgermeisterin ziehen wir das jetzt auf den 1. November vor. In die Zeitplanung des Parlaments mischen wir uns nicht ein. Wir stehen aber natürlich beratend und Auskunft gebend jederzeit zur Seite.

Was machen wir im Vorfeld? Was machen die Verwaltungen? – Alle Häuser sind gefordert, uns bis 15. Oktober die Operationalisierung, die Konkretisierung ihrer Maßnahmepakete, die sie haben, die Zuständigkeiten, zuzuliefern. Ich nenne exemplarisch Umsetzung von Wirtschaftshilfen, Umsetzung Härtefallfond, koordinierend sind wir als Finanzverwaltung dabei zu ermitteln, unter allen Prämissen, die uns bekannt sind, Energiekostensteigerungen bei Zuwendungsempfängerinnen, bei Entgeltempfängerinnen, all das wird kumuliert. Aber auch die Frage Wohngeld habe ich eben schon genannt. Da brauchen die Bezirke Personal. Auch zu gucken, was kann man hier machen, was kann man vielleicht durch Digitalisierung noch entlasten, Arbeit vereinfachen, damit wir hier gut aufgestellt sind. Denn Geld in einen Haushalt einstellen ist das eine, die Umsetzung zu gewährleisten, ist das wirklich Entscheidende, an dem wir alle miteinander gemessen werden.

Also am 15. Oktober haben wir hoffentlich von allen Senatsverwaltungen möglichst präzise Vorschläge auf dem Tisch liegen. Ungefähr zum 27. Oktober haben wir die Steuerschätzung, auch das ein relevanter Parameter. Bei den Betrachtungen, wie hier auch schon verschiedentlich diskutiert, haben wir inflationsbedingt eine Zunahme der Steuern in den Sommermonaten gesehen. Jetzt, in den aktuellen Steuerschnellmeldungen sehen wir schon ein Abflachen, zum einen aufgrund der besagten bereits laufenden Entlastungspakete des Bundes, zum anderen aber auch aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Auch das müssen wir einpreisen, sodass wir, denke ich, mit viel Engagement der Kolleginnen und Kollegen und der einen oder anderen Nachtstunde zum 1. November einen Haushaltsplanentwurf dem Senat zum Beschluss vorlegen können und uns dann auf die Debatte mit Ihnen im Parlament freuen.

Zum Verfahren vielleicht noch: Wir werden hier ähnlich wie bei Kapitel 2931 – Landesweite Aufgaben im Zusammenhang mit der Fluchtbewegung (Ukraine) –, unserem Ukrainetitel, im Haushalt mit Sammeltiteln arbeiten. Sammeltitel – Förderung Wirtschaftsmaßnahmen –, Sammeltitel – Finanzierung Energiekostensteigerungen in der Berliner Verwaltung –. Und Ähnliches. Wir werden versuchen, das in möglichst sinnvolle Blöcke unter dem Aspekt Haushaltswahrheit und -klarheit runterzuberechnen, aber noch genügend Spielraum zu lassen, falls sich in der Operationalisierung aufgrund der praktischen Erfahrung noch das eine oder andere nachjustiert werden muss.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin! – Dann kommen wir jetzt zum Themenkomplex Baurundfahrt, wie er auch auf unserer Tagesordnung steht, und Frau Staatssekretärin Kahlfeldt das Wort erteilen. – Bitte schön, Frau Senatsbaudirektorin!

Staatssekretärin Petra Kahlfeldt (SenSBW): Vielen herzlichen Dank, sehr geehrter Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Damen und Herren! Die erste Station bei der Busrundfahrt des Hauptausschusses am 28. September ist das Autobahndreieck Funkturm gewesen und dort die notwendigen Umbauplanungen des Autobahndreiecks. Das Bezugsdokument will ich hier nennen, die rote Nr. 0588. Aus dem Projekt Stadteingang West entstehen keine kurzfristigen haushaltspolitischen Handlungsbedarfe. Vor Abschluss der Baumaßnahmen des Bundes im Zusammenhang mit dem Ersatzneubau für das Autobahndreieck Funkturm sind bauliche Maßnahmen des Landes Berlin zur Erschließung der dann gewonnenen Entwicklungsflächen bis zu Beginn der Dreißigerjahre nicht durchführbar. Der Senat wird die erforderlichen Bau- und Planungsmittel dann rechtzeitig zur Investitionsplanung bzw. zur Haushaltsaufstellung anmelden.

Sofern von dem bestehenden Verkaufsrecht Gebrauch gemacht werden soll, sind kurzfristige Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen herzlichen Dank! – Gibt es Wortmeldungen? – Bitte schön, Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank für die Ausführungen! Wir brauchen das jetzt gar nicht alles so im Detail. Wir haben die Berichtsbitte, sodass Sie das für alle Themen, für die Sie zuständig sind, noch einmal darlegen können. Da ein Großteil der Dinge uns quasi schon präsentiert worden ist, gehe ich davon aus, dass es jetzt keiner langen Frist bedarf. Also wenn Sie uns die Berichte im November zukommen lassen könnten, wäre das sehr gut. Dann können wir zeitnah die Diskussion mit Ihnen und den anderen Senatsverwaltungen fortsetzen. Wie gesagt, wir werden bis Freitag noch Fragen einreichen. Wenn wir uns dann verständigen, die zweite Sitzung im November, also die reguläre, ohne die Haushaltssitzungen, dann kann man das da beraten.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Ich sehe nickende Zustimmung bei der Senatsverwaltung, bei Frau Staatssekretärin. Dann verfahren wir so. – Die nächste Wortmeldung ist von Frau Dr. Brinker, bitte schön!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank! – Ich konnte leider an der Baurundfahrt nicht teilnehmen, was ich wirklich sehr bedauert habe, weil ich beim Verfassungsgericht anwesend sein musste, würde aber für meine Fraktion auch noch Fragen zu einigen Themenkomplexen ankündigen, speziell zur Komischen Oper, weil das ein Objekt war, das wir gern besichtigen wollten. – Danke!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Ist entsprechend vermerkt. Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann ist die Besprechung abgeschlossen. – Ich wünsche Ihnen einen schönen Tag!